Politische Realitäten und Hintergründe hinterfragen, - eine Pflicht des mündigen Bürgers G. Kohlbecker - Mai 2022 - p61

Offenbar haben wir vergessen, dass Deutschland im Zweiten Weltkrieg einen verbrecherischen und völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Russland führte, um Land im Osten zu erbeuten, dabei fielen 27-Millionen russische Soldaten und Zivilisten, zusätzlich zu vielen weiteren Kriegsopfern, darunter 6-Mio. Juden, die schändlich ermordet wurden. Moral predigen und mit edlen Werten protzen, ist Heuchelei. Russland hat nach dem Krieg, als großmütigen Akt der Versöhnung, unsere Kriegsgefangenen freigelassen und heimgeschickt, trotz der eigenen Kriegsleiden und hat uns Deutschen die Wiedervereinigung friedlich geschenkt. Judenmord und Kriegsopfer dürfen nicht vergessen werden, weder bei Juden, noch bei Russen. Eine "Staatsräson" sollte nicht nur für Israel, sondern muss auch für Russland gelten.

Russland hat der Deutschen Wiedervereinigung 1990 zugestimmt, um den kalten Krieg zwischen West und Ost zu beenden. Im Gegenzug vereinbarten der Deutsche Außenminister Genscher und US-Außenminister James Baker den Verzicht auf die Osterweiterung der Nato, was Russland zunehmend in seiner Sicherheit bedroht. - Die USA feierten ihren Triumph mit dem Ruf, "**WE WON**" und brachen so als Sieger diese Vereinbarung, und 12 östliche, teils an Russland grenzende Staaten wurden Nato-Mitglied. Der Westen hat mit dem Bruch der Vereinbarungen und mit der Missachtung und Verletzung russischer Sicherheitsinteressen den kalten Krieg einseitig weitergeführt, was großes Misstrauen der Russen gegen den Westen ausgelöst hat. Dieser Rechtsbruch wurde aus den westlichen Medienberichten ausgeklammert, weil diese Fakten politisch unerwünscht waren, - man hat bei uns keine Notiz davon genommen, weil das von den westlichen Medien weder kommuniziert, noch öffentlich kritisiert wurde. Das wollte man auch nicht, Wort- und Rechtsbruch kommt nicht gut an in einem "Rechtsstaat".

Propaganda bedeutet, Fakten auf politisch korrekt zu manipulieren und der Öffentlichkeit ständig und wiederholt zu präsentieren. So macht man eine verzerrte Wahrheit glaubhaft. Durch ständige Propaganda wird die öffentliche Meinung durch eine veröffentlichte Meinung ersetzt und verbreitet. Die Nazipropaganda war damit so erfolgreich, dass die Deutschen kriegstrunken auf die Frage "**wollt ihr den totalen Krieg**" begeistert mit "**JA**" antworteten. Diese Propaganda schafft es heute wie damals, dass wieder deutsche Panzer gegen Russland rollen, unter dem Vorwand, unsere Freiheit zu retten. - Westliche Medien wurden vor den Propagandakarren gespannt und haben eine medial geschürte Empörung erregt, was in ähnlicher Weise einen **russlandfeindlichen Rausch** und eine **Russophobie** erzeugt hat. Der Westen hat so den Abschuss einer Zivilmaschine in der Ukraine beweislos den Russen in die Schuhe geschoben, so wurde eine Sanktionsspirale gegen Russland losgetreten und gerechtfertigt. Die Unschuldsvermutung galt hier nicht. Schreckensbilder sind gut fürs Mediengeschäft und die Medienberichte sind verdächtig einheitlich. Wir sind Opfer eigener Propaganda, weil fremde Propaganda von der Politik unterdrückt und umgedeutet wird - während eigene Propaganda die politischen Umfragen verfälscht, - mit der manipulierten "veröffentlichten Meinung".

Viele völkerrechtswidrige USA-Kriege haben das Völkerrecht entwertet, das rechtfertigt nicht Russlands Beteiligung am Ukrainekrieg, was auch völkerrechtswidrig ist. Die Ursache für diesen Krieg erklärt sich auch nicht durch Sprüche wie "Putin ist ein Verbrecher", das dient nur zur Gutmensch-Profilierung. Die Vorgeschichte und die lange geplanten feindlichen Aktionen der USA gegen Russland in der Ukraine zeigen die wachsende militärische Bedrohung durch das so genannte "Verteidigungsbündnis" Nato, ohne Verteidigungsgrund. - Der von den USA angestiftete Maidan- Putsch, der Bruch der Minsker Verträge, der Bürgerkrieg in der Ukraine gegen die russischen Ostgebiete Donezk und Luhansk und besonders die Nato-Osterweiterung in die Ukraine war als "rote Linie" bekannt und begründet den Ukrainekrieg.

Der Schlüssel zum Ukraine-Krieg liegt bei Amerika. Die USA sehen Russland, die EU und Deutschland als wirtschaftliche Konkurrenz wegen der negativen Handelsbilanz der USA, vor allem mit Deutschland, weil Russland wichtige Boden- und Energieschätze besitzt und die Welt mit Kohle, Uran, Erdöl und Gas beliefert. Für die Energieversorgung unserer Industrie hat Russland die Pipeline nach Deutschland gebaut. Amerika boykotiert die Gaspipeline durch Sanktionen, um Deutschland zu schwächen, und nötigt uns, das vielfach teurere und umweltfeindliche Fracking-Gas aus USA zu kaufen anstatt das preisgünstige russische Gas, das direkt ins Land fließt und uns jahrzehntelang Wohlstand brachte. Die USA missachten die Souveränität der EU und Deutschlands und schwächen unsere Wirtschaft zu ihrem Vorteil. - Die Behauptung, dass Deutschland von Russland abhängig sei, ist eine Propagandalüge. Deutschland, als rohstoffarmes Land, ist durch die Globalisierung weltweit abhängig. Heute sind wir abhängig vom teuren Fracking-Gas der USA, was unserer Wirtschaft schadet.

Amerika, die "Führungsmacht" des Westen, ist weltbekannt für Gewalt und Willkür. Das zeigen viele völkerrechtswidrigen USA-Kriege ohne UN-Mandat, wie der Irakkrieg mit falschen Giftgas-Begründungen, der brutale Napalm-Krieg in Fernost, das Libyen- und Syrien-Bombardement, der völkerrechtswidrige Jugoslawien-Krieg der Nato, 20 Jahre Krieg in Afghanistan, die gewaltsame Demokratisierung von Ländern, die diese Länder destabilisiert hat und dadurch unsere Flüchtlingskrise ausgelöst hat, sowie tausende zerfetzte Zivilisten durch US-Drohnen, das sind **nur einige Beispiele**. Es gab keine medial geschürte Empörung, man hat nicht von völkerrechtswidrigen Kriegen und ermordeten Menschen durch USA-Kriege gesprochen - und die Kriegsverbrecher wurden nicht am Europäischen Gerichtshof verurteilt. - Das zeigt die **Verlogenheit und Doppelmoral der westlichen Politik** und die durch US-Dominierte Medien verblendete und verblödete Gesellschaft.

Amerika hat die weit entfernte Ukraine animiert, Nato-Mitglied zu werden und gegen Russland aufgerüstet, um in der Ukraine ein feindliches Bollwerk gegen Russland zu errichten, und um Europa in einen Ukraine-Konflikt durch diese Provokation zu verwickeln. Amerika wusste ja, dass die Nato-Mitgliedschaft der Ukraine **die** rote Linie für Russland ist, die russische Sicherheit bedroht und Krieg in Europa auslöst. Politische Unruhe in Europa wurde von den USA geschürt, ohne zu verhandeln, um Russland durch Sanktionen zu schaden und damit Europa auch durch den Nordstream Boykott zu schwächen und Krieg in der Ukraine und in Europa anzufachen. Die Weigerung Bidens, über die Nato-Osterweiterung zu verhandeln, dafür Sanktionen zu verhängen, ist Kriegsgrund und Kalkül, um die EU und Russland zu schwächen.

Das ist ein geopolitischer Stellvertreterkrieg der USA gegen Russland, der auf dem Rücken der Ukrainer in Europa ausgetragen wird. Die US-Kriegsmaschinerie missbraucht die ukrainischen Soldaten als **Kanonenfutter** für ihren Expansionskrieg gegen Russland und China mit der Nato und den hörigen EU-Partnern. Friedensbemühungen der Russen im Dezember 2021 wurden von den USA ignoriert. - Die Nato ist **kein** Verteidigungsbündnis, auch **kein** westliches Friedenskonzept, sondern ein **Kriegsbündnis** zur Durchsetzung von US-Interessen, das durch die Ost-Ausbreitung der mächtigen Militärmacht Nato die Weltherrschaft anstrebt, um mit Sanktionen den Rest der Welt zu erpressen.

Die Ukrainer wollen die Einladung in die Nato und die EU gerne annehmen, um den westlichen Wohlstand mit den EU-Vorteilen zu genießen. Selenskys Berater, **Oleksij Arestovyc** sagte, "der Preis für den Nato-Beitritt ist zu 99 % ein großer Krieg mit Russland". Den großen Krieg nahmen die Ukrainer in Kauf - und es war auch das Kalkül der USA, Europa zu schwächen und in den US-Stellvertreterkrieg in der entfernten Ukraine zu verwickeln. Die Ukraine rechnete mit der unbegrenzten Hilfe des Westen, aber die USA haben nur Eigeninteressen und missbrauchen die Ukrainer als Kanonenfutter - und ihre Partner in Europa als machtlose Hilfswillige für ihre geopolitischen Abenteuer.

Die Ukraine hofft, mit dem Nato-Beitritt beschützt zu werden, bei dem von den USA angestrebten Ausscheren aus dem russischen Einflussbereich, ohne Rücksicht auf die Sicherheit Russlands und die russisch-heimatliche Zugehörigkeit. - Die USA installierten den **Komödianten Selensky** als russlandfeindliche **Präsidenten-Marionette**, um mit dieser **Putsch-Regierung** Europa in den Krieg zu verwickeln. Die USA beabsichtigen im Ukrainekrieg nicht - Hilfe für die Ukraine, sondern sie wollen Russland schwächen, um sich auf den großen Krieg mit China vorzubereiten. Sie benutzen die Ukrainer als Kanonenfutter für ihre geopolitischen Ziele gegen Russland und China, ohne eigene Soldaten opfern zu müssen, was der US-General Keith Kollog stolz als "Gipfel der Professionalität" bezeichnet.- Mitch McConnell, der Mehrheitsführer im US-Senat sagt: "Mit den Waffen, die wir fertigen und liefern, bauen wir unsere industrielle Basis wieder auf, die Ukrainer vernichten die Armee unseres größten Rivalen und es sterben keine Amerikaner, ich finde das wunderbar ". **Ich** finde unseren Beitrag mit Waffen zum Scherbenhaufen und zum Sterben in der Ukraine, als Vasallen der US-Kriegsmaschinerie nicht wunderbar - und ich schäme mich dafür.

Russland hat berechtigte Sicherheitsinteressen in seinem Umfeld wie auch die EU, China, USA und jede andere Großmacht. - Die Sicherheitsinteressen der Russen wurden vom Westen ignoriert und die globale Atomsicherheit wurde von den USA missachtet. Russland wurde jahrzehntelang vom Westen beharrlich behindert und gedemütigt, um die Russen "sanktionsbesessen" in die Knie zu zwingen. Das Kooperationsangebot von Putin am 25. Sept. 2001 vor dem Deutschen Bundestag in deutscher Sprache wurde einfach ignoriert. Politik in Russland und in autokratischen Staaten ist eben anders als unsere "EU-Werte" - und das darf dem politischen Dialog nicht im Weg stehen.

Auch unser demokratisches System ist nicht so perfekt wie es dargestellt wird. Dieser Staat, der sich mit dem Titel "Rechtsstaat" schmückt, hat in diesem Rechtssystem Lücken geschaffen, die es cleveren Geschäftemachern ermöglicht, hohe Gewinne mit betrügerischen Cum/Ex- und Cum/Cum- Geschäften und Mehrwertsteuer-Karussellen Milliardenprofite "legal" abzuwickeln, hat diese Praktiken nicht verhindert und jahrelang geduldet. - Deutschland ist als Geldwäscheparadies bekannt und das wird nicht geändert, weil mutmaßlich einflussreiche Kreise dabei immens profitieren. Hochrangige Politiker haben illegale Bankgeschäfte begünstigt und haben danach ihr Gedächtnis verloren. Die Kosten bei Flughafen-Geschäften, bei Großbahnhöfen, beim Gorch Fock Segelschiff wurden um ein vielfaches aufgeblasen, das sind nur einfache Beispiele. Deutsche Waffen dürfen nach deutschen Grundsätzen nicht in Krisen- und Kriegsgebiete geliefert werden und diese Regeln wurden offenkundig umgangen, um illegale Geschäfte zu vertuschen und um diese lukrativen Waffengeschäfte trotzdem zu ermöglichen. Heute bricht man für den Ukrainekrieg diese Grundsätze offiziell und nennt diesen Regelbruch einfach Paradigmenwechsel, - so einfach macht sich's die Politik in diesem "Rechtsstaat". Mit Waffen hilft man den Ukrainern nicht, Waffen verlängern nur den blutigen Krieg.

Die freiheitliche Demokratie in Deutschland und der Rechtsstaat ist selbstblockierend durch die Bürokratie. Durch schädliche Sanktionen hält sie womöglich langfristig nicht den wirtschaftlichen Herausforderungen in der Welt stand. Politische Einschränkung der Meinungsfreiheit erstickt die Demokratie und birgt die Gefahr, bei einer eigenen, kritischen Meinung, die nicht als politisch korrekt **gilt**, als Volksverhetzer und Demokratiefeind gebrandmarkt, ausgegrenzt und "gekänzelt" zu werden und in das Fadenkreuz des Verfassungsschutz zu geraten.

"Diplomatische Aktionen" des Westen waren nur Scheinverhandlungen, ohne auf das eigentliche Problem der Nato-Osterweiterung und auf den Bruch der Minsker Verträge durch die Ukraine einzugehen. - Das war eine "fake-Diplomatie", die russische und eigene Interessen ignoriert. Die von Russland geforderte Garantie, die Nato **nicht** weiter nach Osten zu erweitern, wurde von Joe Biden verweigert und anstatt zu verhandeln, trotzig durch Sanktionen ersetzt, weil man opportunistisch mit dem Zurückschrecken der Russen vor der mächtigen Nato rechnete. Das war zu hoch gepokert und die Folge ist Krieg in der Ukraine, den Amerika mit seiner Konfrontationspolitik angezettelt hat. Diese aggressive US-Politik treibt Russland in die Arme der Chinesen, - die westlichen Sanktionen machen Rohstoffe billiger für China und Indien und vor allem für die USA - und teurer für die EU, was die USA beabsichtigen, aus wirtschaftlichen und politischen Erwägungen.

Der Westen versucht, die Kornkammer und das Lithium der Ukraine für die EU, - und die Ukraine als militärisches Bollwerk für die geopolitischen Abenteuer der USA gegen Russland und China, mit der US-Kriegsmaschinerie und der Nato zu kapern. - Das ist der Auftakt des US-Krieges gegen China, um die Weltherrschaft der USA vor China zu sichern, wobei die Ukraine und die EU stellvertretend die Schwächung Russlands übernehmen sollen, ohne dass US-Soldaten geopfert werden müssen. Es ist unverständlich, dass sich Deutschland als "Vasall" einem **US-Regime im Niedergang** andient, das wegen seiner aggressiven Natur **untauglich für ein Verteidigungsbündnis** ist, das Europa spaltet, schadet und in einen gefährlichen Krieg verwickelt, der nur den USA, der US-Kriegsmaschinerie und seinen Profiteuren dient.

Durch die Einladung des Westen an die Ukraine, Nato Mitglied zu werden, wird ein russischer Nachbarstaat, die Ukraine angestiftet, russische Sicherheitsbedürfnisse zu ignorieren und militärisch zu bedrohen, was Russland erwartungsgemäß **nicht** hinnehmen wird. - Joe Biden versprach in Madrid: "Das amerikanische Sicherheitsversprechen für die Ukraine ist in Eisen gegossen", was leere Worte sind. - Es war unfair vom Westen, der Ukraine ein Selbstbestimmungsrecht einzureden, ohne dies garantieren und durchsetzen zu können.

Die Bemühungen Russlands, den kalten Krieg zu beenden mit der Deutschen Wiedervereinigung und der Freigabe der Sowjetstaaten, wie das Angebot von Putin zur wirtschaftlichen Kooperation mit Deutschland und der EU, im Sept. 2001 vor dem Deutschen Bundestag sind kläglich gescheitert, weil die Konfrontationspolitik der USA mit der dreisten Osterweiterung der Nato, der Missachtung und Verletzung der Sicherheitsinteressen Russlands und auch der Missachtung der Souveränität europäischer Staaten **keinen** Spielraum für Frieden lässt.

Der Ukrainekrieg ist auch die Folge der Unfähigkeit Europas, der aggressiven US-Konfrontationspolitik eine solide EU-Friedenspolitik, gemäß der Internationalen Friedensordnung nach dem Zweiten Weltkrieg entgegenzusetzen und für Frieden mit unseren Nachbarn in Europa zu sorgen. - Mac Namara hat schon 1999 darauf hingewiesen, dass die Nato-Osterweiterung zu massiven Spannungen in Europa führen wird. - Bis heute ist kein friedliches Verhältnis mit Russland von der EU und der Nato weder gesucht, noch gefunden worden. Dass die Ukraine unsere Freiheit verteidigt ist eine Propagandalüge des Westen. Die **Illusion** einer **wertegeleiteten EU-Politik** enthüllt sich als **willkür-** und **lügengeleitete US-Politik**, in der wir nur **machtlose Hilfswillige** der aggressiven US-Kriegsmaschinerie sind.

Die Sanktionsspirale des Westen, die Russen entmenschlichen und in die Knie zwingen soll, dient nicht dem Frieden, sie ist aggressiv und destruktiv, spaltet Europa und schadet Europa mehr als sie nutzt. - Das ist keine Strategie, sondern Ausdruck einer fehlenden Strategie. Jeder Krieg ist verbrecherisch! Es wäre besser, mit unseren russischen Nachbarn zu kooperieren, wobei alle gewonnen hätten, anstatt als Vasallen der US-Kriegsmaschinerie in den Krieg zu ziehen. Auch die Ukrainer hätten heute Frieden und ein besseres Leben.

Diese abhängige EU-Politik begeht Selbstverstümmelung, und "**falsche Partner**" schaden uns und unserer Wirtschaft. - Die kriegerische Rhetorik dieser Politik und der US-dominierten "**Qualitätsmedien**" ist eine **kriegstreiberische Hetze**, die auf unverfrorenen Lügen aufbaut. Deutsche Panzer rollen wieder. - So was hatten wir schon. - In einem solchen Europa will ich kein Europäer sein!

Amerika hat das **Völkerrecht mit Füssen getreten** und **entwertet**, mit vielen völkerrechtswidrigen Kriegen, unrechten Angriffen auf Länder wie Serbien, Irak, Libyen, Afghanistan, Syrien uva., mit Regimewechsel, was die Staaten destabilisiert und in schwerste Krisen gebracht hat und die Migrationskrise bewirkt hat. Das rechtfertigt den völkerrechtswidrigen Einmarsch der Russen in die Ukraine nicht. Das häufig verbreitete Narrativ vom russischen Angriffskrieg wird in westlichen Medien verdächtig oft wiederholt. - Das ist aus dem Zusammenhang gerissen und eine gefälschte Geschichte, die **nur** die Zeit **ab** 24. 2. 2022 zeigt, unterschlagen wird durch die Medien und die Politik die jahrelange, kriegerische Militarisierung der Ukraine gegen Russland durch die USA mit der Nato, die immer provozierender an Russlands Grenze rückt und Russland bedroht, **ohne Verteidigungsgrund**. - Russland hat den Westen nie angegriffen, sondern hat der EU Kooperation angeboten, was die USA um jeden Preis verhindern möchten. Die US-Propaganda belügt und verblödet unsre Gesellschaft.

Die Bedrohung Russlands mit der Nato, - Bürgerkrieg gegen die russischen Ostgebiete, - Kündigung der ABM- INF- und OpenSky- Verträge durch die USA, - Bruch der Minsker Verträge - hat den russischen Einstieg in den Ukrainekrieg ausgelöst. Es ist eine strategische Defensive der Russen, durch die aggressive Expansion nach Osten und Umzingelung Russlands durch die USA mit der Nato, wobei kein Grund zur Verteidigung bestand. Die USA haben den Krieg viele Jahre gegen Russland in der Ukraine geplant und angebahnt. Der Krieg begann 2014 mit dem Putsch auf dem Majdan und dem illegalen Sturz des ukrainischen Präsidenten Janukovytsch, eingefädelt und unterstützt durch die USA ("**we payed 5 Bill $ to get our boys in**"). Die Ukraine führte ab 2014 einen blutigen Bürgerkrieg gegen die russischen Gebiete Donetzk und Luhansk mit westlicher Hilfe. Der Krieg wurde von den USA gegen Russland angestiftet, um Russland und Europa zu spalten und zu schwächen, als Vorbereitung für den Krieg der USA gegen China. Die USA und auch die EU untergruben die Minsker Verträge, ohne die Absicht sie umzusetzen, um Zeit für die Aufrüstung der Ukraine zu gewinnen. Die Nato-Osterweiterung ist ein zynisches Spiel der westlichen Arroganz und der US-Großmachtpolitik, die Ukraine für den Stellvertreterkrieg gegen China zu benutzen, ohne US-Soldaten opfern zu müssen. US-Politiker **Lindsey Graham** und **John McCain** reisten nach 2014 in die Ukraine, um die ukrainischen Soldaten zum langen Kampf gegen Russland anzufeuern: "**I believe, you will win, and we will do everything to provide you with, what you need, to win**".

Um abzuwehren, dass die USA mit der Nato in der Ukraine ihre Raketen immer enger und bedrohender an Russlands Grenze verlegen, wie in den osteuropäischen Nato-Staaten, - die in fünf Minuten russische Städte und Moskau **auslöschen** können, hat Russland im Februar 2022 mit der **Spezialoperation** militärisch eingegriffen und nimmt mit dem militärischem Eingriff in der Ukraine einen "**humanitären Krieg**" in Anspruch (**RESPONSIBILITY TO PROTECT**), wie die USA im **völkerrechtswidrigen Bosnienkrieg**, um auch die Sicherheit der russischen Minderheiten und die Bedrohung durch Beschuss im Bürgerkrieg in der Ostukraine zu schützen, gemäß Beistandsklausel der UN-Charta.

Die USA wollen mit ihrer Kriegsmaschinerie in der Ukraine Europa spalten und einen neuen, "**eisernen Vorhang**" weiter im Osten errichten, um die wirtschaftlichen und politischen Verbindungen - und den blühenden Handel zwischen Russland und Europa zu verhindern, weil zwischen Amerika - und der EU mit Deutschland eine wirtschaftliche Konkurrenz besteht, was das **Handelsdefizit der USA** bewirkt, - und um Russland politisch und wirtschaftlich zu schwächen, und **Europa und Deutschland** in einen **Krieg zu verwickeln**, um auch die Wirtschaftskraft der EU zu schwächen. - Die USA benutzen die Ukraine mit diesem Stellvertreterkrieg, um ein **militärisches Bollwerk** der USA gegen Russland und China zu errichten. Die Absicht der USA ist nicht, der Ukraine zu helfen, - sondern sie benutzen die Ukraine, um Russland und Europa zu schwächen, um mit der Vorherrschaft der USA, der von den USA so genannten FULL SPECTRUM DOMINANCE in Osteuropa und in der Welt, den nächsten USA-Krieg mit der Nato gegen China vorzubereiten, in dem wir als Nato-Verbündete mitkämpfen müssen. Die Nato ist kein **Verteidigungsbündnis** und **kein westliches Friedenskonzept**, sondern ein **aggressives Kriegsbündnis**, um US-Interessen militärisch weltweit zu erzwingen. Die US-Politik ist aggressiv, kriegerisch, rücksichtslos und ist **nicht geeignet** für ein **Verteidigungsbündnis**.

Die USA nutzen die Ukraine als militärischen Frontstaat gegen Osten für ihre geopolitischen Ziele, ohne Rücksicht auf das ukrainische Volk. Dies zeigen langjährige Kriegsvorbereitungen der USA mit der Nato und endlose Lieferungen von Waffen in die Ukraine, womit der blutige Abnutzungskrieg weiter vom Westen verlängert und grausam fortgeführt wird - und die Schulden der Ukraine ins Uferlose wachsen.

Durch die Kriegsschulden gerät die Ukraine komplett in die Abhängig der USA und des Westen und wird so in eine total erpressbare Situation manövriert, zum Vorteil der USA. Die Amis missbrauchen die Ukrainer als Kanonenfutter, um ihren Krieg gegen Russland und China zu führen, was sie nach Aussagen des **US-Generals Keith Kellog** stolz als "**Gipfel der Professionalität**" bezeichnen. Diese Aussage entlarvt die unmenschliche Strategie der "US-Kriegspolitik". Dass die Ukrainer diese perfide Strategie der USA nicht erkennen und einen **Bruderkrieg** im eigenen Land akzeptieren, und sich an ein aggressives "US-Regime im Niedergang" in 10 000 km Entfernung verkaufen, zeugt von einer besonderen Qualität von Unverstand der Ukrainer und verrät die arglistige Raffinesse der Amis und der professionellen Vorbereitung des Stellvertreterkrieges, mit Ukrainern als Kanonenfutter, **ohne eigene US-Soldaten opfern** zu müssen. Der Traum vom "**GOLDENEN WESTEN**" wird für die Ukrainer platzen. - Vielleicht handelt es sich bei den Motiven der Ukrainer um die ungezähmte Gier nach Freiheit und dem vermeintlichen Reichtum und Wohlstand, was sich die Ukrainer vom "Westen" erträumen. - Sie kriegen **nur:** US-Militärbasen, Google, Apple, McDonalds, CocaCola, Popkultur, Amazon, Facebook usw. - und die Spaltung des Kontinents, an deren **gefährlichster Spalte** sie leben müssen, - wo wertlose Finanzmarktblasen der USA, - reichen russischen Rohstoffwerten gegenüberstehen. - Dazu müssen sie sich zum "**AMERICAN WAY OF LIVE**", der Lebensart des dekadenten Westen missionieren lassen - und sollen die eigene Kultur vergessen!

Die **USA,** im **Rausch der Dekadenz**, mit der Vision von der "**globalen Herrschaft**" will als **Weltpolizei** mit Sanktionen, ohne Rechtsbasis aber mit dem Recht des Stärkeren diejenigen erpressen, die "nicht Spuren". Die US-Politik mit der gewaltigen Kriegsmaschinerie ist rücksichtslos, aggressiv und destruktiv und versucht, mit Kriegen und Erpressung die Welt zu unterjochen und auf "ihre Linie" zu zwingen.

Eine Spaltung der Welt in **GUTE** und **BÖSE**, wie es der Westen sieht, eine Spaltung des europäischen Kulturraumes durch die Machtgelüste und Selbstgerechtigkeit der USA muss verhindert werden. Europa muss europäisch bleiben und darf die Spaltung des eigenen Kontinents durch die USA nicht zulassen. - Der Grundsatz der europäischen Friedenspolitik wie, "nie wieder Krieg" und "keine Waffen liefern", dürfen durch die egoistischen US-Machtinteressen nicht zerstört werden. - Die Amis sind von der Barbarei, ohne kulturellen Zwischenschritt, direkt in die Dekadenz übergegangen. Der amerikanische "**WAY OF LIVE**" und der einzige Wert den die Amerikaner kennen, "**A SACK FULL OF MONEY**" entspricht nicht den europäischen "Werten", der europäischen Kultur und den Vorstellungen der Gesellschaft in Europa.

Der "**Wilde Westen**" erlebt seine Renaissance und ist bereits von Amerika nach Europa übergeschwappt. Willkür, Gewalt, Betrug, Vertrags- und Wortbruch, völkerrechtswidrige Kriege und Destabilisierung ganzer Regionen sind an der Tagesordnung und stehen heute für "westliche Werte". - Das ist das Handwerkszeug der US-Politik, um US-Interessen zu erzwingen - und ist das Merkmal für einen "**Schurkenstaat**".

Krieg der Narrative: "Russlands Angriffskrieg" oder "Amerikas Stellvertreterkrieg" ? G. Kohlbecker - p5h

Nach dem internationalen Völkerrecht sind Kriege völkerrechtswidrig, dies legt der Artikel 2 der Charta der Vereinten Nationen fest, so ist der Krieg zwischen Russland und der Ukraine ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg der Russen. Das Völkerrecht gilt weltweit und muss von allen Mitgliedsländern anerkannt und eingehalten werden. - Hauptziele der UN sind:

- weltweiter Frieden,
- Sicherheit und Abrüstung,
- freundschaftliche Beziehung zwischen den Staaten,
- Menschenrechte und internationale Zusammenarbeit.

Das westliche Narrativ ist, Russland führt einen unprovozierten Angriffskrieg gegen die Ukraine. Das ist eine verzerrte und unvollständige Erzählung der Fakten. - Das russische Narrativ ist, die USA mit der Nato bedrohen und provozieren Russland, und bürden der Ukraine einen Stellvertreterkrieg gegen Russland auf, - um selbst nicht völkerrechtswidrig zu handeln - um selbst nicht eingreifen und Soldaten opfern zu müssen, - es sterben keine Amerikaner, sondern nur Ukrainer. Die USA sehen Russland als Erzfeind und wollen das "Herzland" Eurasiens mit diesem Krieg erobern und kontrollieren, was ein lang gehegtes Ziel der USA ist. - Gute, wirtschaftliche Beziehungen zwischen Deutschland und Russland wollen die USA um jeden Preis verhindern. Die Erzählung vom "russischen Angriffskrieg" und die Dämonisierung Putins ist Propaganda und dient im Prpoagandakrieg der USA als Rechtfertigung für den völkerrechtswidrigen Stellvertreterkrieg in der Ukraine.

Die USA haben das Völkerrecht mit Füssen getreten, mit vielen völkerrechtswidrigen Kriegen, brutalen militärischen Angriffen auf Länder wie Serbien, Irak, Libyen, Afghanistan, Syrien und noch viele andere, ohne Verteidigungsgrund und ohne UN-Mandat, mit Regimewechsel von Staaten, was diese Staaten destabilisiert und in schwerste Krisen stürzte und uns die Migrationskrise gebracht hat. Das gibt den Russen nicht das Recht zum Einmarsch in die Ukraine, was völkerrechtswidrig ist. - Durch die vielen Verletzungen des Völkerrechts durch die USA hat das Völkerrecht an Wert und an Bedeutung verloren. Diese Relativierung des Völkerrechts durch die USA hat Tür und Tor geöffnet für andere Staaten, auch, wie die USA das Völkerrecht zu missachten, um nicht auch von Unrechtsstaaten, oder von der Nato ohne Verteidigungsgrund und ohne UN-Mandat bedroht oder überfallen zu werden, wie in den oben genannten Fällen.

Seit vielen Jahrzehnten sieht die USA, - Russland als seinen größten Rivalen und betrachtet Russland einseitig als seinen "Erzfeind". Daraus entstand der "kalte Krieg" zwischen den USA und den Russen. Nach der "Wende", 1990, stimmten Russland, die USA und die westlichen Staaten der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten zu, wobei die USA und die Sowjetunion vereinbarten, dass sich die Nato nicht weiter nach Osten ausbreitet, weil das die russische Sicherheit bedroht. Trotz der russischen Bedenken wurde diese Vereinbarung von den USA und der Nato dreist gebrochen und 12 östliche, teils an Russland grenzende Staaten wurden Nato-Mitglied. Die Russen zogen sich aus Deutschland vereinbarungsgemäß zurück. Die Russen erkannten, dass die Politik der USA rücksichtslos, egoistisch, unzuverlässig und wortbrüchig ist und das verursachte bei den Russen großes Misstrauen. - Eine Nato-Mitgliedschaft der Ukraine, in der die Führungsmacht USA als bekannt feindseliger Staat gegen Russland die Führung hat, an der Grenze Russlands, lehnte Russland entschieden ab und bezeichnete diese bedrohliche Nato in der Ukraine wiederholt als absolute **rote Linie**. Die Provokationen durch die Nato, wie in den osteuropäischen Staaten, mit US-Raketen, wurden von Russland immer wieder angemahnt und darauf hingewiesen, dass die Überschreitung dieser roten Linie von Russland nicht hingenommen werde und zu ernsten Konsequenzen führe. Die Amis scherten sich weder um roten Linien, noch um die Sicherheitsbedürfnisse der Russen und luden die Ukraine in die Nato als feindliches Mitglied gegen Russland ein, und rüsteten sie militärisch gegen Russland auf. Das war eine schwere Bedrohung und Provokation gegen Russland, zumal die USA feindliche Absichten gegen Russland hegten, um ein militärisches Bollwerk in der Ukraine gegen Russland zu errichten, um Russland in die Knie zu zwingen. Die USA wollen verhindern, dass Russland und Deutschland kooperieren, ihr Plan ist, dass Russland und Deutschland sich bekriegen.

Im Jahr 2014 inszenierten die USA mit der CIA den Maidanputsch, und es wurde mit Hilfe der USA der ukrainische Präsident Janukovytsch gestürzt und ein russlandfeindlicher Staatschef von den USA installiert. Hierfür investierten die USA 5-Bill. US$ ("**wie payed 5 Bill. $, to get our boys in"**), um die Ukraine gegen Russland militärisch aufzurüsten. Anschließend begann der Bürgerkrieg in der Ukraine gegen die russischen Ostgebiete, unterstützt mit westlicher Hilfe, in dem etwa 14000 Russen der ukrainischen Ostgebiete Luhansk und Donezk durch brutalen Beschuss ermordet wurden. - Um die Wogen des Bürgerkrieges zu glätten, wurden von Deutschland und Frankreich die Minsker Verträge mit Russland und der Ukraine ausgehandelt. Die USA, die EU und die Ukraine untergruben den Vertrag Minsk2, um Zeit für die Aufrüstung der Ukraine durch die USA und den Westen zu gewinnen, was Bundeskanzlerin Merkel später bestätigte. Es ging nicht darum, friedlich zu verhandeln, sondern hinterhältig die Ukraine gegen Russland aufzurüsten. 8 Jahre nach dem von den USA inszenierten Maidan-Putsch war für die russische Führung das Maß der militärischen Bedrohung voll. Um abzuwehren, dass die USA mit der Nato in der Ukraine ihre Raketen immer enger und bedrohender an Russlands Grenze verlegen, wie in den osteuropäischen Nato-Staaten, die in fünf Minuten russische Städte und Moskau auslöschen können, hat Russland im Februar 2022 mit einer **Spezialoperation** militärisch eingegriffen, gemäß UN-Beistandsklausel bei Bedrohung. Die ukrainische Führung hat die russischen Minderheiten in den Ostgebieten bedroht und tyrannisiert, ihre Muttersprache verboten und zigtausend Russen im Bürgerkrieg durch Beschuss ermordet. Daß sich die Ukrainer an das 10000 km entfernte Amerika verkauften und die Ukraine feindselig aufrüsteten gegen Russland, macht sie mitschuldig an dem blutigen Krieg in ihrem Land.

Aktionen wie - Bedrohung Russlands mit der Nato - Bürgerkrieg gegen die russischstämmigen Ostgebiete - Kündigung der ABM- INF- und OpenSky-Verträge durch die USA, - Bruch der Minsker Verträge, - haben den Einstieg Russlands in den Ukrainekrieg ausgelöst. - Russland **verteidigt sich** gegen die **kriegerische Expansion** nach Osten und Umzingelung Russlands und die militärische Bedrohung durch die USA mit der Nato. Die USA haben den Krieg in der Ukraine viele Jahre geplant und angebahnt, um Russland zu zerstören. Das ist ein US-Stellvertreterkrieg in der Ukraine, ohne dass US-Soldaten sterben, es sollen nur Ukrainer sterben für die geopolitischen Ziele der USA, was US-Sicherheitsberater Keith Kellog **stolz** als "Gipfel der Professionalität" bezeichnet. Mitch McConnell, der Mehrheitsführer im US-Senat sagt stolz: "Mit den Waffen, die wir fertigen und liefern, bauen wir unsere industrielle Basis auf, die Ukrainer vernichten die Armee unseres größten Rivalen, es sterben keine Amerikaner, ich finde das **wunderbar**". Ein Verzicht auf die Nato in der Ukraine hätte den Krieg verhindert.

Die Nato ist **kein** Verteidigungsbündnis und **kein** Friedenskonzept, sondern ein **aggressives Kriegsbündnis**, um US-Interessen durch Krieg, Erpressung und Sanktionen zu erzwingen. Die US-Politik ist **aggressiv, rücksichtslos** und ist **nicht geeignet** für ein **Verteidigungsbündnis**. Das widerlegt das Narrativ vom russischen Angriffskrieg, Russland musste sich wehren, gegen diese rücksichtslose Kriegs- und Expansionspolitik der USA, ohne UN-Mandat, die viele völkerrechtswidrige Angriffs- und Stellvertreterkriege weltweit führt, um die Welt zu beherrschen.

Zusammenfassung über den "Bürgerkrieg" in Syrien - wer dahinter steckt - und wer davon profitiert. G. K. – p65

Unter den Trümmern von Syrien liegen hunderttausende von Toten, die seit 2011 in dem so genannten "syrischen Bürgerkrieg" ihr Leben lassen mussten. So lange dauern die Bemühungen der USA, die Macht in Syrien zu stürzen. Die Entscheidung für den Krieg in Syrien wurde im Frühjahr 2011 durch einen "Präsidialerlass" von Obama getroffen und wurde mit der Operation "Timber Sycamore" von den USA durch die CIA inszeniert. Der Bürgerkrieg wird im "Westen" so dargestellt, dass es sich um einen Aufstand des syrischen Volkes gegen die brutale Regierung von Assad handelt und dass Machthaber Assad Krieg gegen das eigene Volk führe. - Der wahre Grund für diesen Bürgerkrieg ist, dass die USA die Dschihadisten und IS-Rebellen ausbildeten, um gegen die regulären syrischen Truppen zu kämpfen, um den Machthaber Assad zu stürzen, und dass die Dschihadistengruppe die Macht in Syrien übernimmt für die Machtinteressen der USA und Israels. - Eine Dämonisierung von Assad durch die westliche Politik dient vorwiegend dazu, die geopolitischen und energiepolitischen Interessen der USA zu verschleiern. Die USA wollten in Syrien die Macht gewinnen, um umfangreichen Einfluss im nahen Osten zu erhalten. - Es war Teil des US-Planes, den nahen und mittleren Osten zu unterwerfen, um die gesamte Region, einschließlich dem Iran mit den riesigen Erdölvorkommen, kontrollieren und ausbeuten zu können, und einen optimalen, strategischen Ausgangspunkt im Krieg gegen Iran, Russland und China ausbauen zu können. - Der Weltöffentlichkeit gaukelten die USA hier humanitäre Absichten vor, - wenn sie Bürgerkriege mit der CIA inszenierten und auslösten und Verwüstung unvorstellbaren Ausmaßes, Leichenfelder, Armut, Hungersnöte und Flüchtlingsströme von Millionen Menschen hervorriefen und hinterließen, wie im Sudan, Libanon, Irak, Afghanistan, Libyen, Syrien und anderen Ländern. Diese, durch US-Kriege verursachten Flüchtlingsströme haben wir Europäer in erster Linie zu bewältigen. Die deutsche Politik interessiert sich nur wenig für die Opfer dieser Massaker, - oder **nur dann**, wenn sie sich bei uns **öffentlichkeitswirksam**, **mit "Gräuelpropaganda" gegen den Machthaber Assad** verwenden ließen. Doppelmoral ist gängige Praxis und ist Standard der westlichen Informationspolitik. Das Narrativ von Assads Grausamkeit ist Teil des westlichen Propagandakriegs. Assad hat sich nicht als sozialer Politiker profiliert, aber an Grausamkeit kann er sich nicht mit den USA messen, die für ihre Grausamkeiten ihre Stellvertreter weltweit mit ihren Folterzentren haben und benutzen.

Unsere Politik sollte diese menschenfeindlichen Machenschaften erkennen, was man von unserer Außenpolitik nicht erwarten kann. Der Umgang des Westen mit Syrien ist von Lügen, Heuchelei, Zynismus und Grausamkeit geprägt. Auch Deutschland ist heute Vorreiter für diesen Politikstil. Humanitäre Hilfe durch Deutschland, oder dass dem "Wertewesten" am Schutz von Menschenleben liegt, ist nicht erkennbar. Deutschland war und ist führender Handlanger der USA und macht gemeinsame Sache mit den Terrormilizen, die von den USA finanziell, militärisch, durch Marinepräsents, Geheimdienstoperationen und Munition unterstützt werden. Der Westen und die USA geben sich als die Guten aus - und unterstützen die Terroristen im syrischen Idlib im Nordwesten von Syrien mit Euromillionen, um den Sturz des angeblichen "Gewaltherrscher Assad" durch die USA zu unterstützen. - Die Verantwortung für das IS-Massaker an unzähligen Dörfern im August 2014 im Nordosten Syriens fiel auf die USA und den deutschen Partnern als Mithelfer zu. Die Existenz des "IS" ist das Ergebnis westlicher Fehler.

Um die Vorherrschaft der USA in der Welt vor Russland und China zu sichern, hat die Politik der USA den Plan, Machthaber von Staaten, die ihrem Plan im Weg stehen, zu destabilisieren und zu stürzen. Staaten wie Somalia, Sudan, Irak, Libanon und Jordanien wurden bereits von den USA destabilisiert. Syrien ist für geostrategische und energiepolitische Interessen der USA wichtig und steht an nächster Stelle in den Umsturzplänen der USA. Syrien, mit Machthaber Assad ist der Staat, der in der imperialen Expansion der USA nach Osten noch im Weg steht und soll gestürzt und destabilisiert werden um Syrien zu unterwerfen und als Bollwerk im Krieg der USA gegen Russland, dem Iran und China einzusetzen, um auch Anteile an syrischen Rohstoffen zu ergattern, - und um Netanyahu noch mehr Einfluss im nahen Osten zu verschaffen. Israel ist der wichtigste Verbündete der USA als Bollwerk gegen Iran, Russland und auch gegen China.

Die Methoden: Bei den vielen völkerrechtswidrigen Kriegen und Überfällen gegen Staaten, die die USA seit dem 2. Weltkrieg verbrochen haben, nutzen sie den Geheimdienst "**CIA"**, der die Macht, die finanziellen Mittel und die Routine hat, solche Umstürze und Regimewechsel erfolgreich durchzuführen. Die Aufgabe eines Geheimdienst ist, Spionageabwehr zu betreiben und fremde Militärs zu überwachen. - Die Vorgehensweise der US-Regierung, Staaten zu destabilisieren und Kriege zu provozieren spielt sich in den letzten Jahrzehnten meist nach einem mittlerweile bekannten Schema, oder nach bewährten Methoden ab. Der US-Geheimdienst **CIA** hat große Befugnisse, Freiheiten und enorme Mittel, um im Vorfeld in Staaten, die destabilisiert und gestürzt werden sollen, Unzufriedenheit und Zwietracht unter den Bürgern und zwischen religiösen Gruppen zu schüren, bis zum Ausbruch von Unruhen. Mit professionellen Methoden wie z.B. Propaganda und Agitation, werden oppositionelle Kräfte oder NGO's gestärkt und unterstützt, Unruhen zu schüren, oder 2 Staaten gegeneinander aufzuhetzen, wie im Beispiel Iran/Irak-Krieg. Der daraus entstandene Krieg zwischen den gespaltenen Gruppen wird als Stellvertreterkrieg genutzt, ohne eigene Soldaten einsetzen und opfern zu müssen. Es ist auch effektiver, diese Gruppen oder Staaten gegenseitig kämpfen zu lassen, ohne selbst kämpfen zu müssen und zusätzlich noch von beiden Seiten einen lukrativen "Deal" zu machen, an dem die USA massive Gewinne an den Waffenkäufen der beiden gegnerischen Gruppen erzielen. Deutschland hat in den 80iger Jahren sowohl im Iran, wie auch im Irak militärische Hilfe geleistet, durch die Lieferung von militärischem Gerät. Dieses System der Spaltung ist ein, in den USA vom CIA verwendetes, bewährtes Mittel um strategische Ziele zu erreichen, ohne eigene Verluste zu haben. - US-General Keith Kellog bezeichnet diese Methode, andere Völker, wie z.B. Syrien oder die Ukraine stellvertretend für die USA kämpfen und sterben zu lassen, ohne eigene Soldaten opfern zu müssen, stolz den "**Gipfel der Professionalität**". - Mitch McConnell argumentiert vor dem US-Senat: "Mit Waffen, die wir fertigen und liefern, bauen wir die Basis unserer Industrie auf, der Feind vernichtet die Armee unseres größten Rivalen - und in solchen Kriegen sterben keine Amerikaner, - ich finde das wunderbar". - **Ich** finde das nicht wunderbar, wenn Deutschland mitschuldig am Tod von hunderttausenden unschuldigen Menschen und an dem Trümmerhaufen wie in Syrien, Afghanistan, Irak, Libyen und der Ukraine ist.

Es wurde durch westliche Medien eine Medienkampagne mit "schmutziger Wäsche" über das syrische Regime inszeniert, mit dem Schlagwort "Machthaber Assad führt Krieg gegen das eigene Volk". Diese Vorwürfe übernahmen alle deutschen Massenmedien, ohne kritische Überprüfung. - Der ganze Westen und die Nato-Staaten haben diese Methoden unterstützt und haben mit ihrer "Doppelmoral" das "Narrativ" vorgeschoben, dass der "Machthaber" ein brutaler Gewaltherrscher sei, um Gewaltanwendung zu rechtfertigen. Diese Dämonisierung diente dazu, die geostrategischen und energiepolitischen Interessen des "Wertewesten" an der Unterwerfung des betroffenen Staates zu verschleiern. Eine brutale, kriegerische Gewaltanwendung soll auf diese Weise auch gerechtfertigt werden und **diese Erklärung genügte auch den Menschen im "Wertewesten"**, besonders in Deutschland, diese Gewaltanwendung zu akzeptieren und gut zu heißen. So sind die USA auch in Syrien vorgegangen.

Deutschland war ein Vorreiter bei diesem Politikstil und die Parteien-Oligarchie ist zur Selbstkritik weder fähig, noch willig, wie auch der "Öffentlich Rechtliche Rundfunk" und unsere "Qualitätsmedien", die sich dieser doppelzüngigen Politik untertänig anbiedern. Die Medien beschönigen die Terroristen und Tschihadisten lediglich als "Moderate", weil diese die "schmutzige Arbeit" für den "Wertewesten" erledigen - und machen gemeinsame Sache mit den islamistischen Terroristen.

Deutschland weicht das Folterverbot auf und Scheuble bestand darauf, Erkenntnisse, die in ausländischen Folterkellern (auch syrischen) gewonnen wurden, nutzen zu können. Die Tagesschau berichtet über Folterung in syrischen Folterkellern, nicht aber über Foltermethoden der USA in europäischen Ländern und die bekannten Folterlager in Polen, in Quantanamo, USA-Geheimgefängnisse Blackside, im Irak, in Jordanien, in Pakistan und in Fernost, wie auch in den USA selbst. - Deutsche und westliche Medien berichteten detailgenau, umfangreich und besessen von Assads Foltersystem, die Tagesschau trug dazu duzende mal bei. - Dass unsere Schutzmacht USA selbst Weltmeister im Foltern politischer Gefangener war, wurde natürlich in unseren Medien verschwiegen. Dass die USA ihre Folterpraktiken in ihren Flugzeugen und Folterschiffen weltweit nicht aufgeben wollen, suchen sie vergeblich zu verbergen.

Die USA unterstützten die syrischen Terroristen mit Geld, mit Waffen und schließlich mit einer Interventionsarmee, die den syrischen Osten mit 2000 Mann besetzt. Angeblich diente das "der Bekämpfung des **"IS"**, aber es handelte sich bei der völkerrechtswidrigen Intervention der USA um die militärische Unterstützung der Tschihadisten gegen die reguläre syrische Armee mit angeblich mindestens 50 000 Toten. Der Vorwurf der "**Kumpanei" mit Terrormilizen** versuchten die USA und der westlichen EU- Wasallen mit dem Begriff "moderate Rebellen" zu relativieren. Die Menschen konnten den Widersinn der westlichen Propaganda nicht mehr erkennen, dass islamistische Mörder zwar in Deutschland und der EU aufs schärfste verfolgt, aber in Syrien geschmiert und geschont wurden. Noch schlimmer, als die Rebellen war das unmenschlich, vor mehr als 10 Jahren verhängte Wirtschaftsembargo des Wertewestens. The "**European Council on Foraign Relations**" befand vor 5 Jahren die massive Zunahme von Armut und Hunger, was der Wertewesten auf das syrischen Regime schob. - Das Bruttosozialprodukt sank zwischen 2010 und 2020 um knapp 70%. Die Wareneinfuhr verringerte sich zwischen 2010 und 2023 um ca. 91% und die Warenausfuhr ging um 94% zurück. Das Ranking im "Human Developing Index" fiel auf Platz 153 von 193 Ländern durch das westliche Embargo. Mehr als die Hälfte der Syrer hungert und 90% lebt unterhalb der Armutsgrenze. Mehr als 5 Millionen Syrer sind in die Nachbarländer geflüchtet, mehr als 7 Millionen Syrer sind innerhalb des Landes vertrieben worden, darunter sehr viele Kinder.

Durch diese **kriminelle Politik** sind ca. 500 000 Syrer in diesem 13-järigen wertewestlichen Krieg umgekommen. Die eigenmächtigen Sanktionen der USA, der EU und Deutschlands haben dieses Massensterben in Syrien mit verursacht. Sie waren und sind völkerrechtswidrig und wurden von der UN- Generalversammlung Jahr für Jahr verurteilt. Direkte humanitäre Hilfe wurde vom Westen verhindert. Eine Unterstützung für Edlib nützte der Al Kaida und danach Al Nusra, der sich als "HTS" umbenannte. In ihren Machtbereich flossen hunderte Millionen Dollar, während die Bewohner Syriens die Last unmenschlicher Sanktionen zu tragen hatten. Ein neues Embargo von Donald Trump (Cesar egg), richtete sich gegen die syrische Staatsbank und machte das wenige Geld der Syrer vollends wertlos. Vor dem Krieg kostete der US-Dollar 47 syrische Pfund, im Dezember 2024 mehr als 14400 syrische Pfund. Trump behielt das syrische Öl durch die US-gemachte Inflation um den **Faktor 306**, - was sogar die US-Medien als Kriegsverbrechen brandmarkten.

Die deutsche Politik und die journalistischen Helfershelfer unterschlugen die bis heute fortgeführte Plünderei durch die USA. Der Kommentar von Habek war, "je stärker Deutschland dient, umso größer ist seine Rolle". Die deutsche Politik kuscht und schweigt dazu! - Nach dem Eingreifen Russlands gegen den Islamistischen Terror, den Dschihadisten wurden sie als gemäßigte Rebellen verharmlost - und von Steinmeier saloonfähig gemacht. - "Jabhat Al-Nusra" hat mehr als 1500 Anschläge verübt, bei denen ca. 8700 Menschen getötet wurden. Nach deutschem Rechtsverständnis ist Al Jawlani ein Massenmörder. Jabhat Al-Nusra, Zugehöriger der Terrormiliz ist ein Vorläufer der HTS. Der ÖRR und die Medien unterschlugen die kriminelle Vergangenheit und Schuld an der Ermordung von 8700 Menschen durch die Terrormiliz. Al-Jawlani, der Führer der HTS hat mit der Terrormiliz AL-Nusra gebrochen und gibt sich heute einen staatsmännischen Anschein.

Nach dem Bruch mit Al Nusra und danach, unter der Flagge von HTS wurden viele (ca. 500) Morde begangen und zusätzliche Folterungen, Entführungen, Raub, sexueller Missbrauch von Gefangenen usw. Die vielseitigen Foltermethoden wurden in den Gefängnissen dokumentiert und die Tagesschau berichtete nur darüber, Al Jawlanis HTS werde von Bewohnern und Menschenrechtsgruppen brutales Vorgehen gegen "Andersdenkende" vorgeworfen. Diese Verzerrungen der Fakten in den westlichen Medien ist kein seriöser Journalismus.

Die USA, die EU und Deutschland listeten Al Jawlani als Terrororganisation, Washington setzte sogar 10 Mio US$ Kopfgeld auf den Mann aus, man lies ihn aber in Syrien (Edlib) **unbehelligt agieren**, **weil der Sturz von Assad für die USA damit gelungen war**. Al Jawlani spielte sich zum Ansprechpartner der lokal tätigen, internationale Hilfswerke auf. Der Westen finanzierte ihn. - Mithilfe korrupter NGO's umging er Sanktionen um sich und um seiner Terrororganisation. Die AFD und Links-Partei warnten die Bundesregierung vor Zweckentfremdung zu Gunsten der HTS-Terroristen. - Die Bundesregierung behauptete, es gebe ein "Prüfsystem", das Missbrauch ausschließe. - Nicht nur die Tagesschau, sondern der gesamte politisch mediale Mainstream ignoriert den mörderischen Charakter der HTS und ihres Anführers. ZDF spricht von Rebellenallianz unter Führung der islamistischen Gruppe HTS. So werden der Massenmörder Al-Jawlani und seine Terroristenbande zusehends in den Stand von respektablen Leuten erhoben. Die USA haben schon das Kopfgeld von 10 Mio $ annulliert. - Außenministerin Baerbock machte Al Jawlani am 3. Januar 2025 selbst ihre Aufwartung. Die EU- Außenbeauftragte Kallas sagte, "wir fordern alle Akteure auf, weitere Gewalt zu vermeiden, den Schutz der Zivilbevölkerung zu gewährleisten und das Völkerrecht zu beachten.

9000 HTS- Opfer dürfen nicht einfach vergessen werden und für deren Tod wurde niemand zur Rechenschaft gezogen. Die neue HTS- Herrschaft mordet weiter unter der Schirmherrschaft der USA, Mithilfe ihrer Vasallen wird die Unterdrückung und Ausplünderung Syriens fortgesetzt. - Die Frage, ob die syrische, strategische Lage, sein Öl und der Machtwechsel in Damaskus eine halbe Million Menschenleben wert ist, stellen sich westliche Politiker nicht. - Die Bundesregierung hat ihren moralischen Bankrott erklärt. Das medienseitig nicht, oder fehlinformierte Puplikum hüllt sich mehrheitlich in Schweigen. **Eine zynische, käufliche, demagogische Presse wird mit der Zeit ein Volk erzeugen, das genau so niederträchtig ist, wie sie selbst.**

Für diese politische Zusammenfassung über die Vorgänge in Syrien habe ich vorwiegend den Vortrag der Rechts- und Politikwissenschaftler Friedhelm Klinkhammer, Journalist Volker Bräutigam und dem US-Ökonom Jeffrey Sachs von der Columbia-Universität in New York, ehem. UN-Sonderberater herangezogen. Der Dank gilt diesen mutigen Journalisten für ihre Recherchen.

Politik spaltet die Gesellschaft in Deutschland. Günter Kohlbecker - oai

Die Politik in Deutschland spaltet heute unsere Gesellschaft in die "**Guten**" und in die "**Bösen**". - Diese Spaltung mit der geschürten Angst, nicht **politisch korrekt** zu erscheinen, reicht von den Massen der Gesellschaft bis in den Freundeskreis und in die Familien hinein. Sie ist vielfach zu beobachten und Gespräche und Diskussionen scheitern oft, wenn jemand vom Mainstream abweicht. Das endet nicht selten im Streit und im Verlust von Freunden und Familienangehörigen durch die Angst vor "**Kontaktschuld**" - und das verursacht die Ausgrenzung "**Andersdenkender**", die sich nicht im Mainstream treiben lassen. Wer heute eine Meinung äußert, die nicht als "politisch korrekt" gilt, wird als Verschwörungstheoretiker, Abtrünniger oder Verräter erniedrigt und wird gekänzelt, ausgegrenzt, oder als Rechtsextrem diffamiert. Das ist die **neue Meinungsfreiheit**, wo nur **eine Meinung** frei ist, die **politisch korrekte** - und das ist das Ergebnis dieser spaltenden Politik, wo **Friedfertige** mit **Kriegsfreudigen** konkurrieren, was diese Kluft in der Gesellschaft erzeugt. Verantwortlich für die Spaltung unserer Gesellschaft ist die Politik, die auf Lügen aufbaut und die "**Mitläufer und Ja-Sager**" von den **politisch informierten**, **kritisch denkenden** und **verantwortungsvollen Bürgern** trennt. Je verlogener diese Politik ist, um so tiefer wird die Kluft zwischen den "**Guten**" und den "**Bösen**".

Die "**Guten**" sind die: die nicht aufmucken, die zu allem "ja und amen" sagen, die aus Bequemlichkeit nicht anecken wollen, die sich möglichst "politisch korrekt" verhalten und nicht "kriegsmüde", sondern "kriegsfreudig" sind **bis zum letzten Soldaten**. - Oder diejenigen sind die Guten, die den völkerrechtswidrigen Krieg der Russen verdammen - und die **vielen völkerrechtswidrigen US-Kriege stillschweigend hinnehmen** und **feige akzeptieren**, um politisch korrekt zu erscheinen. - Die sich "ausländerfreundlich" geben, auch wenn sie anders denken. - Wir benötigen ja die ausländischen "Fachkräfte" aus Syrien, Afghanistan, Irak, aus Afrika wie Niger, Libyen, Somalia und aus den arabischen und islamischen Ländern dringend, die unser Land und unsere Wirtschaft in Schwung bringen. - Wir Deutschen lassen für uns arbeiten und unsere "Werkbank" ist in Asien, in China und Indien. - Auch solche Menschen sind die "Guten", die sich an **politisch organisierten Propaganda-Aktionen**, angeblich gegen "rechts" zu Hunderttausenden überreden lassen und beteiligen, gegen unliebsame Konkurrenzparteien der regierenden Parteien, die konkurrierende Parteien mit allen Mitteln diffamieren und sogar verbieten möchten, um die Demokratie nach ihren Vorstellungen zurecht zu rücken. - Auch diejenigen sind die Guten, die sich als Klimafreundlich profilieren wollen, die mit ihrem knapp 2% Anteil Deutschlands die Umwelt dieser Welt zu retten glauben, - auch die Menschen gehören zu den "Guten", die das Klima zwar retten möchten, aber nicht auf weltweite Flug- und Schiffsreisen verzichten wollen, - mit Boliden mit 300 bis 600 PS herumprotzen, die ein Tempolimit ablehnen, was einfach und wirksam ist, um einen Beitrag zur Umwelt zu leisten und den Treibstoffausstoß, Verkehrsunfälle und Verkehrsstaus uvm. zu reduzieren. Die Kinder und Enkel müssen es ausbaden, aber die kann man mit Geld und Konsum beruhigen. - Da sind noch die "**WOKEN UND QUEEREN**" zu erwähnen, die mit "bunten Fahnen" herumwedeln und glauben, bunt ist ein modernes Symbol für einen neuen "Zeitgeist" und eine noch freiere Lebensart. - Dieser neue "Zeitgeist" relativiert den Glauben, das Geschlecht und die Moral. Diese "bunte Gesellschaft" fördert den "Gender-Wahn" und verschandelt unsere Deutsche Sprache. Transvestiten, Schwule und Lesben werden durch die Medien hochgejubelt, "Frühsexualisierung" wird bei Kindern propagiert und uns als "**das Normale**" aufdrängt. - "Transsexualität" wird als neue Mode hinstellt, wo jeder sich beliebig als Frau, als Mann oder als sonst irgendwas offiziell registrieren lassen kann. - Diese hochproblematische "**woke** und **queere**" Minderheitsmeinung wird von den Medien und von der Politik missbraucht, um mit missionarischen Belehrungen und Ideologien diesen neuen "Zeitgeist" als "**kulturelle Errungenschaft**" der Gesellschaft aufzudrängen und soll unsere Jahrhunderte gewachsenen Traditionen ersetzen. Das nagt an unserer Demokratie und spaltet auch die Gesellschaft.

Die "**Bösen**" sind die Bürger: die eine abweichende Meinung haben und nicht "politisch korrekt" sprechen, sie laufen Gefahr, "kriminalisiert" zu werden. - Die Politik kritisch sehen und mit Besorgnis beobachten, wohin die Politik treibt, - die sich kritisch über "Kriegstreiberei" äußern und solche die nicht "kriegsfreudig", sondern eher "friedfertig" und **für** Verhandlungen sind, - die lieber den Frieden unterstützen, anstatt Waffen zu liefern um **Leben zu retten**, die sind heute verdächtig und werden als "**Putin-Versteher**" gebrandmarkt! Die Dämonisierung des russischen Volkes und ihrer großen Künstler im größten Land der Erde ist heute "Bürgerpflicht". Auch Menschen, die Demokratie so verstehen, dass man unbequeme Parteien der Opposition akzeptieren oder tolerieren muss, die aus dem Kraut schießen wegen der unverständlichen Sanktions- und Kriegs-Politik", - und diejenigen, die ein Kriegsende befürworten, weil sie Krieg für eine falsche Politik halten und lieber mit diplomatischen Mitteln den Frieden erreichen wollen. - Die nicht glauben, dass immer mehr tödliche Waffen Leben retten können. - Die nicht so gerne Steuergelder in sinnlose Fahrradwegen in Peru stecken wollen, während in Deutschland die Bahn, Straßen, Brücken, Schulen uvm. verkommen. Gut, dass man in Peru mit Radwegen das Klima schont, so können wir in Europa mit unseren PS-Boliden mit 230 Sachen durch die Gegend rasen! - Die zusehen müssen, wie ukrainische Flüchtlinge hofiert, bevorzugt und bestochen werden mit besonderen Zuwendungen, um Deutschland für die Ukrainer human und attraktiv erscheinen zu lassen, - weil die EU die Kornkammer und das Lithium der Ukraine kassieren will und die USA die Ukraine als militärisches Bollwerk für ihren Krieg gegen Russland und China als Kanonenfutter missbraucht, ohne eigene US-Soldaten opfern zu müssen. - Die Amis haben viele völkerrechtswidrige Kriege ohne UN-Mandat weltweit geführt, wobei in Amerika nie eine "Scheibe geklirrt", aber immer die "Kasse geklingelt" hat. Viele Rentner müssen im Alter Flaschen sammeln um zu überleben, oder müssen ihr mühsam Erspartes, wie Haus und Hof am Ende aufgeben und opfern für ihre Pflege- und Altersversorgung. - Die mit Besorgnis feststellen, dass Deutschland wirtschaftlich nicht mehr **Weltmeister** ist, sondern in der Rangordnung ganz weit hinten steht und in unserer Welt ein negatives Wirtschaftswachstum haben wird, durch diese Kriegspolitik. Da sind noch die ganz "**Bösen**" zu erwähnen, die sich über die Hintergründe und Lügen des Ukrainekriegs informiert haben, dass der Ukrainekrieg bereits im Jahr 2014 von der Ukraine mit Unterstützung der USA als Stellvertreterkrieg ausgelöst wurde, und nicht am 24. Feb. 2022, wie uns von der US-dominierten Propaganda vorgegaukelt wird. Die auch nicht vergessen haben, dass wir Deutschen die Russen schon **zwei mal** verbrecherisch überfallen haben, um Land im Osten zu erbeuten, - wobei im letzten Weltkrieg 27 Millionen Russen ermordet wurden, die anprangern, dass dieses **deutsche Unrecht vergessen wird**, - aber die Ermordung von 6-Millionen Juden immer wieder hervorgehoben wird und dieses **deutsche Unrecht nicht vergessen werden darf**. Judenmord und Kriegsopfer dürfen nicht vergessen werden, weder bei Juden, noch bei Russen. Nicht vergessen sollte man auch, dass Russland den Westen nie angegriffen hat und dass Deutschland trotzdem zum 3. mal deutsche Panzer gegen Russland rollen lässt, nach dem Motto "aller guten Dinge sind drei", - und nicht zu vergessen ist die Warnung von Chruschtschow: "**wenn uns Deutschland wieder angreift, werden wir ihnen heimleuchten, dass ihnen Hören und Sehen vergeht**". Und auch **nicht zu vergessen** ist auch unser Schwur: **Nie wieder Krieg** und **keine Waffen liefern** aus Deutschland.

Geschichtsvergessen haben wir nix dazu gelernt .

Was unsere Gesellschaft noch spaltet, ist die Leichtgläubigkeit, die mangelnde Informiertheit vieler Menschen, die ihre Meinung aus dem Mainstream, aus ihren Emotionen und aus der Phantasie nehmen. Die unverfrorene Lügen der Politik aus den politisch abhängigen Medien nachplappern und feig akzeptieren, um nicht politisch anzuecken. Eine Meinung sollte eine sachliche, logische und plausible Grundlage haben und auf Fakten basieren, nicht das Ergebnis von Mainstream- oder Propaganda-Narrativen, oder die Meinung der politisch abhängigen Rundfunksender wiedergeben. Viele "**mediengläubige**" Menschen haben in ihrer naiven Uninformiertheit nur die Wahl, den Medien alles zu glauben, mit dem Argument, "**ich hab's ja im Fernsehen gesehen**", oder "**ich hab's in der SZ gelesen**", dann muss es wahr sein. Das zeugt von fehlender Persönlichkeit, Urteilsvermögen und Zivilcourage vieler Menschen in unserer Gesellschaft, die sich gern mit den Mächtigen gemein machen, denkfaul sind und den gesunden Menschenverstand nicht nutzen, oder nicht mitbekommen haben. Manche "**Meinungsinhaber**" sind so verfangen in ihrer Meinungsblase, dass sie völlig resistent gegen logische Argumente sind, da nützen auch sachliche Argumente nichts, sie weigern sich, andere Meinungen anzuhören, nachzudenken oder darüber zu diskutieren. - Die Medien fangen diese Leute mit Angst und aufreißerischen Themen ein, die viele Leser, viel Kohle, und vor allem hohe Einschaltquoten bringen und der politisch korrekten Meinungsbildung dienen. Mit Vorsicht zu genießen ist besonders der "Öffentlich Rechtliche Rundfunk" (ÖRR), wie ARD, ZDF, Phoenix, Arte und andere, die Medien wie SZ, Bild, TZ, Spiegel, FAZ usw., weil sie US-dominierte Propagandaorgane sind, was viele **nicht ahnen**. - Die "Süddeutsche Zeitung" war vielleicht vor 30 Jahren kritisch, heute ist sie "politisch korrekt" und die Journalisten müssen auf die Werbeeinnahmen achten. Politische Informationen sollte man aus internationalen Berichten schöpfen, nicht nur aus Berlin, New York, London, Paris und Rom, das sind einseitige westliche Berichte, sondern **auch** aus Brasilien, Johannesburg, Peking, Neudelhi und Moskau, um sich unabhängig zu informieren, die gibt es auch in englischer Sprache. Westliche Medienberichte sind verdächtig einheitlich, man muss hier kritisch vergleichen, weil West und Ost gleichermaßen raffinierte Demagogie und hochprofessionelle Propaganda beherrschen. Viele Menschen lassen sich vom Mainstream inspirieren, der einseitig den "Geist der Regierenden Klasse" wiedergibt. - Schon im dritten Reich hat man erkannt, dass der Rundfunk ein probates Propagandainstrument zur Meinungsbeeinflussung der Massen ist. - Auch heute dient der Fernseher als Sprachrohr für Kriegspropaganda, wie im dritten Reich der "**Volksempfänger**" zur Meinungsformung diente. Die Fernsehsender sind vom "Öffentlichen Rundfunk" besetzt und dienen als **vierte Gewalt**, um die mediale Macht über die Meinung der Bürger unbemerkt auszuüben, sie dominieren über den größten Teil der Gesellschaft und prägen durch diese Meinungsdiktatur die Meinung vieler Menschen, wobei durch diese Mediendominanz der "vierten Gewalt" die "**öffentliche Meinung**" durch die "**veröffentlichten Meinung**" ersetzt und verbreitet wird. Die Spaltung ergibt sich auch durch die Bequemlichkeit vieler Menschen, die Verlogenheit, Doppelmoral und Abhängigkeit der Politik von dem US-Kriegsregime gedankenlos zu akzeptieren, dem sich unsere Politik andient und bedingungslos unterworfen hat.

Es werden Nachrichten propagandistisch aufbereitet, einseitig selektiert, unerwünschte Nachrichten werden aussortiert und "politisch korrekt" aufbereitet bis sie in das Konzept der Regierenden passen, dem Volk mit vielen Wiederholungen untergejubelt, bis die Massen es für die Wahrheit halten - so funktioniert Propaganda. - Andere Meinungen, spontane Berichte werden in unseren Medien und im "öffentlichen Rundfunk" gar nicht zugelassen, werden ausgeklammert, diffamiert oder als rechtsradikal, als gefälscht oder als "Querdenkermeinung" dargestellt, und nicht gesendet oder veröffentlicht. Inhalte, Meinungen und Ergebnisse von Berichten und Talkshows sind abgesprochen und festgelegt. Andersdenkende Beteiligte, die nicht "politisch korrekt" argumentieren, werden gar nicht eingeladen, oder kommen in diesen Diskussionen kaum zu Wort, werden als "Rechtsradikale" vorgeführt, massiv gestört, attackiert und vielfach unterbrochen, man lässt sie nicht ausreden und sind in der Runde immer in der Minderzahl (**4:1**), wodurch sie in ihrer Meinung immer überstimmt und berichtigt werden. Das ist der typische Ablauf in Talkshows bei "hart aber fair", "Sandra Maischberger", "Markus Lanz", "Maybrit Illner" usw. Es werden im ÖRR nur negative Berichte über Russland gezeigt - und nur positive Berichte über die Ukraine. Ein Beispiel ist das **Narrativ** vom Massaker der Russen in Butscha, was einige Medienexperten für gefälscht einschätzen, - so wurde der Stopp der türkischen Friedensverhandlungen durch GB und USA im April 22 mit diesem Narrativ gerechtfertigt - und das Mitleid der Menschen wird durch Horrormeldungen als politische Waffe eingesetzt. Die emotionelle Berichterstattung über den Tod des russischen Bürgerrechtlers Alexei Navalny, über den, als Opfer des "russischen Unrechtsstaates" mitleidvoll berichtet wird, wobei das Narrativ beweislos verbreitet wird, dass er quasi von Putin persönlich vergiftet oder hingerichtet wurde, aber das Unrecht an Julian Assange, der die Kriegsverbrechen des US-Regimes veröffentlicht hat, wird "klein" gehalten, weil diese Fakten politisch unerwünscht sind und nicht Interesse der westlichen Politik sind. - Dieser Mann, der vielfaches amerikanisches Unrecht aufgedeckt hat, wird als Verbrecher verfolgt und mit "175 Jahren" Gefängnis bedroht. - Die völkerrechtswidrigen Kriege der USA haben das Völkerrecht mit Füssen getreten und entwertet, es gilt nicht für die USA, sondern gilt für nicht-westliche Staaten wie Russland. Westliche Verbrechen wie völkerrechtswidrige Kriege der USA werden auch nicht vom internationalen Gerichtshof in Den Haag geahndet. Der völkerrechtswidrige Einmarsch der Russen in der Ukraine wird in unseren Medien als "russischer Angriffskrieg**"** bezeichnet und der völkerrechtswidrige Krieg der USA in Afghanistan wird als westliches Engagement oder als "humanitärer Krieg" dargestellt.

Die Politiker wollen unsere Demokratie mit einem "**Demokratiefördergesetz**" umbauen und die Bürger umerziehen. Unsere Demokratie, die lange gewachsen ist und auf Traditionen, Moral und Vertrauen basiert, braucht keine "Nachhilfe in Demokratie". - Nancy Faeser **droht** dem Volk: "wer den Staat verhöhnt, kriegt es mit dem "**starken Staat**" zu tun. Der Bürger darf den Staat verhöhnen und kritisieren, wie bei dem gefährlichen "Demokratiefördergesetz". Nancy Faeser will mit staatlichen Gewaltinstrumenten undemokratisch, Andersdenkende bedrohen. - Nicht das Volk braucht "Nachhilfe in Demokratie" sondern diese ideologische Politik. Der Verfassungsschutz soll die Politik ins Visier nehmen, und muss solche ideologischen und **undemokratischen Auswüchse** verhindern, die unsere Demokratie allmählich ersticken.

So hat es auch 1933 begonnen: erst wurden die Medien kontrolliert und als "Propagandainstrument" eingesetzt. Dann wurden Parteien verboten, ähnlich wie bei dem Versuch, demokratisch gewählte rechte Parteien heute zu verbieten. Eine starke Demokratie muss unbequeme Parteien und politische Strömungen akzeptieren, oder wenigstens tolerieren, auch wenn die regierenden Parteien dadurch Wähler verlieren. Dann will man mit dem "Demokratiefördergesetz" die Bürger auf die "Regierungslinie" zwingen und die Kinder, schon im Kindergarten passend "demokratisch" indoktrinieren. Die Meinungsfreiheit wird unterdrückt. Meldestellen für "Denunziation" werden eingerichtet. "Andersdenkende" werden diffamiert, gekänzelt und ausgegrenzt. Politiker werden vom "Verfassungsschutz" bespitzelt uvm. - Dieses "Deja-Vu" erleben wir mit dieser ideologischen, grünen Regierung und das spaltet die "**Geschichtsvergessenen**" von den "**informierten Bürgern**".

Die Liste der spaltenden Aktionen der Politik ist lang.... Jede politische Lüge spaltet die "Gedankenlosen" von den "Denkenden", weil sich nicht alle Menschen ohne Widerspruch belügen lassen. - Viele Menschen gönnen sich die Bequemlichkeit, vielleicht unbewusst, im Mainstream mitzuschwimmen, weil man als "Mainstream-Mitschwimmer" automatisch von vielen Seiten "Beifall" erntet, im Zentrum der Meinung steht, sich wichtig fühlt und sich dadurch als "Gutmensch" fühlen kann und als solcher "angesehen" wird.

Der Zustand der Demokratie und der Politik in unserem Staat G. Kohlbecker – p4o

Eine digitale Hetzjagd nach "Gedankenverbrechern", wie sie im Roman "**1984**" von George Orwell prophezeit wird, ist heute von der Politik und von den Medien zu beobachten und zu befürchten. - Eine solche Politik treibt die Menschen in eine "vorauseilende Selbstzensur", um nicht Freunde, Familienangehörige oder gar den Job zu verlieren. - Mit Kontaktschuld und Sippenhaft werden die meisten so genannten "Querulanten", die den Mut haben, ihren eigenen Verstand zu benutzen, stillgelegt mit der Meute der verblendeten "Gutmenschen".

Eine politische Klasse versucht, den Kerninhalt des Grundgesetzes zu beschneiden und zu relativieren, um einen neuen "Meinungsgeist im Namen des Guten" geräuscharm in Gesetze zu überführen, um Kritik an sich und ihrem Handeln zu unterdrücken und wird nicht von der Politik, den Medien, vom Volk und nicht von der Opposition davon abgehalten. - Bestimmte legitime Meinungen werden heute als "Hass", "Hetze", "Verschwörungstheorie", "Delegitimation" und "Demokratiefeindlichkeit" klassifiziert und die Benutzung bestimmter Worte sollen als Schlüssel für "Hass und Hetze" aus dem Sprachgebrauch entfernt und kriminalisiert werden. Wer bestimmt eigentlich, was "Hass und Hetze" ist, scheinbar wird das von ein paar stumpfsinnigen Beamten festgelegt ? - Wir sind im Zeitalter der Kriminalisierung angelangt. - Jene Meinungen, die bisher als fragwürdig oder moralisch verwerflich gelten, sollen künftig bereits als strafbare Handlung betrachtet und damit geahndet werden können. Die Verpflichtung zur Benutzung der gegenderten Sprache führt heute zu einer Nötigung zum Mitmachen dieses "Unsinns", unter Androhung von Nachteilen in der Öffentlichkeit und im Beruf. Das "Selbstbestimmungsgesetz", das den Geschlechterwechsel schon ab dem Kindesalter ermöglicht, wird normales Gesetz, das unter Androhung hoher Geldstrafen von 10 000 € dazu zwingen soll, diesen Unsinn auch sprachlich mitzumachen. Die "Lüge über einen Menschen" wird dadurch amtlich, die "Wahrheit auszusprechen" wird dadurch strafbar und mit hoher Geldstrafe bedroht, sagt Birgit Kelle im "Forum Freiheit" im Dez. 2024.

Das "Netzwerkdurchsetzungs-Gesetz" hat die Entscheidung, ob eine Meinung noch "legitim" ist in die Hände von privaten Unternehmen gelegt. Das ist ein cleverer Schachzug, weil der Bürger sein Recht nicht mehr einklagen kann. Meldestellen wurden in Berlin eingerichtet, um den Bürger zum Denunzianten im Namen des "Guten" heranzuziehen. Dokumentiert werden dort anonyme, unbewiesene Vorfälle aus dem Bereich des "Antifeminismus", "Antiziganismus", "Queer- Feindlichkeit", "Anti- Muslimer Rassismus" und sonstiger "Rassismus". Auch Vorfälle unterhalb der Strafbarkeitsgrenze sollen gemeldet werden. Das ergibt Statistiken über "Nicht-Straftaten", die von "Nicht-Tätern" begangen worden sind. - Endziel dieser Statistiken ist, die Notwendigkeit zu dokumentieren, schließlich diese "Nicht-Straftaten" in die Strafbarkeit zu überführen, um sie juristisch endlich erfassen und ahnden zu können.

Die Politik der Ampel zerstört das Fundament dieser Demokratie, und will die Freiheit der Bürger beschränken, - mit Zensur und dem Verbot von Zeitschriften, mit Meldestellen bei der Bundesnetzagentur, um unerwünschte Kommentare aus dem Netz zu Löschen, mit "Denkverboten" und mit Verboten von unliebsamen Meinungen, die vom "Mainstream" und von der "political correctness" abweichen. Eine "Obrigkeit" maßt sich an, den Bürgern vorzuschreiben, wie sie zu denken und zu reden haben. Das dient dazu, eine Mauer in unseren Köpfen zu errichten, um die Macht der regierenden Parteien in ihrem Sinne zu erhalten und weiter auszubauen. Bestimmte Nachrichtenportale werden gesperrt, unter dem Vorwand, die Bürger schützen zu wollen. Der Staat behandelt das Volk als unmündige Bürger, die vor einer Meinungsvielfalt und Freiheit der Presse geschützt und bevormundet werden müssen. In Wahrheit wollen sich die regierenden Parteien selbst schützen, damit ihre einseitige, US-dominierte Propaganda und die eigenen Desinformationen von den Bürgern nicht erkannt werden, die in den abhängigen und einseitigen Medien wie ÖRR, SZ, TZ, TAZ, im Spiegel u.v.a. verbreitet werden, und um zu verhindern, dass sich die Bürger von unabhängigen Informationen, von freien Journalisten und Internetkanälen **vielseitige** Informationen und Fakten verschaffen.

Das zeigt, dass die Meinungs- und Pressefreiheit mit Füßen getreten wird. Um uns vor so genannten "Fake News" und "Desinformationskampagnen" zu schützen, zensiert und kriminalisiert die Politik unliebsame Meinungen der freien Medien. Angebliche "Desinformationskampagnen", Meinungen und kritische Berichte zur Unterstützung der Ukraine, zum Europäischen "Green Deal" und zur Migration will man bekämpfen. Das widerspricht der Verfassung und dem Artikel 5 des GG. - Man warnt die Bürger vor bestimmten Berichten von oppositionellen Politikern, Politikwissenschaftlern und freien Journalisten wie, - die langjährige Russland-Korrespondentin Frau Krone-Schmalz, - Frau Wagenknecht (Oppositionspolitikerin BSW), - dem Friedenswissenschaftler Daniele Ganser, - Frau Ulrike Guerot, Europa-Wissenschaftlerin, Politikern der AFD und anderen, ihre Meinungen nicht anzuhören. - Man muss nicht für eine rechtsgerichtete Partei wie die AFD sein, aber als **Demokrat** sollte man eine demokratisch gewählt Partei akzeptieren oder wenigstens tolerieren und den Wählerwillen respektieren.

Kritik an dem verheerenden Gebaren der israelischen Regierung und an dem rücksichtslosen Vorgehen des Militärs und der israelischen Regierung gegen den "Feind", ohne Rücksicht auf die Zivilbevölkerung und die rücksichtslosen und totalen Zerstörungen von Städten und Ländern wird ungerechtfertigt als "Antisemitismus" bewertet und damit kriminalisiert. Meinungsfreiheit und Kritik sind das tragende Element unserer Verfassung und die wichtigsten Merkmale einer funktionierenden Demokratie. Der Artikel 5 des Grundgesetzes sichert jedem das Recht zu, seine Meinung in - Wort und Schrift und Bild - zu äußern und zu verbreiten. Eine Zensur findet nicht statt. Aus einer kritischen Meinung eine "Hassrede" zu machen, darf den demokratischen Artikel 5 nicht unterwandern und in seiner Bedeutung verändern.

Die "Staatsräson" für den "Judenstaat" Israel ist zwar verständlich in Anbetracht der schändlichen Geschichte Deutschlands im zweiten Weltkrieg, - aber ich halte das für einen heuchlerischen Akt deutscher Vasallenpolitik für die Kriegspolitik der USA, um Israel als "Bollwerk" zu benutzen, gegen China, Iran und die *angeblichen* "Feinde" der USA im Osten, um Asien in Schach zu halten und zu bekämpfen. - Eine Staatsräson für Russland ist unbedingt erforderlich, angesichts der 27 Millionen ermordeten Russen und Sowjetbürger, durch den völkerrechtswidrigen Überfall der Deutschen auf Russland, um Land im Osten zu erbeuten, im 2. Weltkrieg!

Verfassungsfeindlich ist für die derzeitige Politik, - wenn jemand die Politik kritisiert, befürchtet der Politiker und Staatsrechtler Dr. Rupert Scholz. - Herr Haldenwang der oberste "Verfassungshüter" möchte Kritik am Staat als "Delegitimierung des Staates" ahnden. Es gehört zu einer Demokratie und zur Meinungsfreiheit, dass man den Staat kritisieren kann, darf und soll, grundsätzlich und auch polemisch. - **Diktaturen erkennt man daran, dass Staatskritik unterbunden wird**. - Auf solche Verhältnisse bewegen wir uns zu. Offensichtlich wird unsere Demokratie vorsätzlich und bewusst stranguliert. Nicht das Volk ist der Demokratiefeind, sondern die politischen Kräfte in diesem Staat.

Wenn einer Opposition elementare Rechte und die Möglichkeit der Mitwirkung verweigert wird, ist das verfassungswidrig. Die permanente Ausgrenzung einer wichtigen Oppositionspartei zeigt ein großes Maß an Demokratiefeindlichkeit. Diese Demokratieverachtung entpuppt sich zur Zeit speziell in Deutschland. - Es gibt keinerlei mediale Bemühungen, diesem antidemokratischen Treiben entgegenzuwirken und ein

Ende zu setzen. Im Gegenteil, Medien wie der "Öffentlich Rechtliche Rundfunk", wie ARD, ZDF, Arte, Phönix usw., Süddeutsche Zeitung, TZ, FAZ, die Welt und der Spiegel sind die Speerspitze für dieses politische Treiben. Sie verfehlen ihre eigentliche Aufgabe, kritisch, sachlich und unabhängig zu berichten und betreiben stattdessen Staatspropaganda. Kein Wunder, dass viele Bürger - Rundfunk, Presse und Medien als "Lügenpresse" bezeichnen. Ich sehe und empfinde die westlichen Medien als einsturzgefährdetes Kartenhaus der Lügen.

Die Meinung von Herrn Haldenwang, Präsident des Bundesamt für Verfassungsschutz ist, dass die Meinungsfreiheit Grenzen haben soll, oder begrenzt werden muss und auch unterhalb der strafrechtlichen Meinungsäußerungen verfassungsrechtlich einen strafrechtlichen Zugriff ermöglichen muss. Anzustreben, das zentrale, demokratische Grundrecht aller Bürger, die Meinungsfreiheit zu "verwässern", durch Belang außerhalb des Staatsrechts, ist rechtswidrig. Das Maß des Freiheitsrechts der Meinungsfreiheit ist: "alles das, was ich denke, fühle und empfinde kann ich zum Ausdruck bringen", bis zur Grenze des Strafrechts, persönliches Beleidigen oder Verleumden ist jedoch strafbar.

Zitate aus dem höchsten Deutschen Gericht, dem Bundesverfassungsgericht: *Unter den Schutz der Meinungsfreiheit fallen Äußerungen, ob sie wahr oder unwahr sind, ob begründet oder grundlos, ob emotional oder rational, ob sie wertvoll oder wertlos, gefährlich oder harmlos eingeschätzt werden, auch wenn sie scharf und überzogen geäußert werden. Wertlosigkeit oder Gefährlichkeit von Meinungen sind kein Grund diese zu beschränken. Der Meinungsäußernde muss nicht die der Verfassung zugrunde liegenden Wertsetzungen teilen, da das Grundgesetz zwar auf Wertelojalität baut, diese aber nicht erzwingt.*

Herr Haldenwang, Frau Fäser und Frau Paus möchten eine so genannte "Delegitimierung des Staates" als strafrechtliches Delikt schaffen. Das heißt, diese Politiker delegitimieren das zentrale, demokratische Grundrecht der Bürger, - die "Meinungsfreiheit", indem gefordert wird, den **unter** dem Strafrecht liegenden Bereich müsse man auch kontrollieren. Das Recht an der Kritik am staatlichen Verhalten ist ein zentraler Bestandteil der demokratischen Meinungsfreiheit. Frau Fäser, Frau Paus und Herr Haldenwang interessiert offenbar der Artikel 5 des Grundgesetzes, "**das hohe Gut der Meinungsfreiheit**" wenig oder gar nicht. Sie wollen eine "**Gedankenpolizei**" im Gesetz installieren.

Auch eine "Verächtlichmachung des Staates" ist durch die Meinungsfreiheit gedeckt. Der demokratische Staat hat nicht das Recht, von seinen Bürgern die Akzeptanz zu verlangen, dass er den Staat lobt und preist - und der Bürger muss den Staat nicht zwangsweise positiv einschätzen. Eine abweichende Meinung und eine Meinungsvielfalt ist im demokratischen Staat legitim. - Die Grenzen des "sagbaren und denkbaren" sollen so durch diese Politik verschoben werden. Das Bundesverfassungsgericht muss auch in Zukunft ein wirksamer Wächter des verfassungsrechtlichen Schutzes der Pressefreiheit, der Meinungsfreiheit und Artikel 5 des Grundgesetzes bleiben. Bundesministerin Fäser weitet die Kompetenz ihrer untergeordneten Behörde, dem Verfassungsschutz aus und verschiebt ganz nebenbei die **Grenzen des Sagbaren und Denkbaren**. Sie sagt: "Diejenigen, die den Staat verhöhnen, müssen es mit einem **starken Staat** zu tun bekommen". Das ist ein Angriff auf die Meinungsfreiheit, Artikel 5 GG: - "Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild zu äußern und zu verbreiten". Künftig will der Verfassungsschutz nicht nur auf strafbewehrte Delikte achten, sondern sogar Denk- und Sprachmuster frühzeitig erkennen, z.B. wenn herausgehörte Zwischentöne gegen die Verfassung gerichtet sein **könnten**, kontrollieren und als illegal bewerten. Die Herrschaft des Rechts wird ersetzt durch die Herrschaft des Verdachts. So macht man kritische Bürger zu "Gedankenverbrechern".

Der Begriff der "Delegitimierung des Staates" ist "unbestimmt" und "schwammig". Dieser Begriff kann so flexibel und vielfältig ausgelegt werden. Hier besteht auch die Gefahr und die Möglichkeit, dass bereits überspitzte Kritik an Politik, Staat und Regierung damit unzulässig ist und zu einem Fall für den Verfassungsschutz wird. Dadurch wird der Meinungskorridor merklich eingeschränkt. - Das erinnert an den Vorwurf der "**staatsfeindlichen Hetze"** in der **DDR**. Es ist falsch, den Staat mit repressiven Elementen auszustatten und immer weiter zu stärken, - es geht vielmehr darum, vorhandene Probleme zu lösen.

Das Eintreten für die "**wehrhafte Demokratie**", wofür Fäser und Paus sich einsetzen - und das umstrittene "**Demokratie-Förder-Gesetz**" erntet Kritik und wird sogar von Politikern aus den eigenen Reihen für verfassungswidrig eingestuft. - Wer die Demokratie schützen will, sollte sich selbst in den Grenzen des Grundgesetzes bewegen und an diese Prinzipien halten. Wenn wir Prävention benötigen, ist das die Aufgabe der Länder und nicht des Bundes, - und in sofern ist das "Demokratie-Förder-Gesetz" die falsche Antwort auf die Herausforderungen für die Demokratie, sagt Linda Teuteberg von der FDP.

Ein Kartell aus CSU, Grünen, SPD und FDP bestimmt, wer Richter am Verfassungsgericht wird. Alle anderen sollen ausgeschlossen werden. Die 4 Parteien wollen verhindern, dass andere Parteien, wenn sie mehr als 1/3 der Stimmen bekommen, was diese 4 Parteien befürchten, mitbestimmen zu können, wer Richter am Verfassungsgericht wird. Wer mindestens 1/3 der Stimmen im Bundestag hat, kann bei dieser Wahl mitbestimmen. Recht und Verfassung soll geändert werden und damit verhindert werden, dass ungewollte Oppositionsparteien (AFD) elementare Rechte der Mitwirkung wahrnehmen können. Das Links-Grüne Kartell will sich das Verfassungsgericht zur **Beute** machen.

Brandmauern sind Erfindungen von Menschen, die mit einer freiheitlichen Demokratie wenig am Hut haben. In einer freiheitlichen Demokratie muss jeder Demokrat bereit sein, mit "ALLEN" zu reden, - egal woher er kommt, - was er ist, - aus welchem Milieu er stammt, - welchen Hintergrund er hat und - welche Meinung er vertritt, - sonst verrät man die Demokratie. Das sagt Hans-Georg Maasen, ehemaliger Verfassungsschutz-Präsident. - Besorgniserregend ist, dass einfach ein Narrativ gesetzt wird, ohne belegt zu werden, dass eine von vielen Millionen Wählern demokratisch gewählte, rechtsgerichtete Partei als "Nazi-Partei", oder als "Rechtsextrem" bezeichnet wird - und verboten werden soll. Die permanente Wiederholung dieses Narratives in allen Medien und von fast allen Politikern der "Kartell-Parteien" führt dazu, dass dieses Narrativ sich in den Köpfen der Bürger festsetzt, und viele Bürger es kritiklos glauben. Er sorgt sich um die Demonstrationen, die von NGO's des Links-Medialen-Komplex organisiert werden, und die von den Medien regelrecht aufgehetzt werden. Besorgniserregend ist auch, wenn in einem demokratischen Land nicht die Bevölkerung gegen die Regierung opponiert und auf die Straße geht, - sondern die Regierungsparteien sich Demonstranten zusammensuchen, und diese Leute durch Propaganda und Agitation gegen die Opposition aufhetzen und zu willkürlichen Demonstrationen, angeblich gegen **rechts** aufstacheln und damit der Staat - die Wähler manipuliert. Immer mehr NGO`s werden staatlich unterhalten und bilden einen Staat im Staate.

Es ist eine probate Technik der Asyl-Unterstützer-Szene und der Asylindustrie, Bürger die sich kritisch äußern, in die moralisch negative Ecke zu stellen und diese Menschen als "unmenschlich", "menschenfeindlich" und als "schäbig" zu bezeichnen. Jeder hat das Recht darauf, auf die eigenen Interessen zu schauen und die nationalen deutschen Interessen zu stützen. Diese Interessen bestehen darin, dass wir unter Berücksichtigung unserer internationalen Verpflichtungen, auch auf dem Asylrecht, unser Land geordnet aufbauen und weiterentwickeln, ohne Massenzustrom von mehreren Millionen Menschen, für die Deutschland nicht die Heimat ist.

Anmerkungen zur Zeitenwende! Günter Kohlbecker - Juni 2022, p2g

Seit dem Ukrainekrieg sprechen westliche Politiker und die Medien von einer "Zeitenwende". Nach Meinung von Wirtschafts- und Politikwissenschaftlern hat der Westen in Sicherheitsfragen mit der Atommacht Russland nicht auf Augenhöhe über die globale Atomsicherheit und Sicherheitsinteressen Russlands weder gesprochen noch verhandelt. Eine "Trennung der Weltsphäre" wurde durch die US-Politik herbeigeführt durch Wortbruch, völkerrechtswidrige Kriege und willkürliche westliche Sanktionen, - ohne Rechtsbasis, aber mit dem "Recht des Stärkeren", die von den USA auch den Europäern diktiert werden. Diese negative Entwicklung durch die US-Politik begann nach der sogenannten "Wende", ohne Einbezug der Sicherheitsinteressen Russlands und das hat in Russland tiefes Misstrauen hervorgerufen.

Nach dem Deutschen Einheitsvertrag wurde 1990 als Kompromiss für den Eintritt Deutschlands in die Nato, der Verzicht auf die Nato-Osterweiterung zwischen Außenminister Hans Dietrich Genscher und dem US-Außenminister James Baker so vereinbart, dass sich die Nato keinen Zentimeter weiter nach Osten ausbreitet. - Später wurden 12 osteuropäische Staaten, zum Teil direkt an der russischen Grenze, Nato-Mitglied und so wurde vom Westen dreist das Wort gebrochen. - 1999 wurde der Kosovo völkerrechtswidrig, ohne UN-Mandat durch die Nato bombardiert, - und der Bruch des Völkerrechts als "**humanitärer Krieg**" umbenannt und mit " **RESPONSIBILITY TO PROTECT** " gerechtfertigt. Auch der Irakkrieg, der Regime- Changeversuch der USA in Syrien mithilfe des CIA durch Bewaffnung der islamischen Rebellen, die Bombardierung und Destabilisierung Syriens und Libyens, der Afghanistankrieg und viele andere, wurden ohne UN-Mandat völkerrechtswidrig durch die USA verbrochen. Eine Politik der "**Demokratisierung**" wurde von den USA mit kriegerischen Mitteln vorangetrieben, wodurch viele Länder nicht demokratisiert, sondern destabilisiert und in schwerste Krisen gestürzt wurden. - Die Destabilisierung dieser Länder und die profitablen Waffenlieferungen in Krisen- und Kriegsgebiete des Westen hat so die Flüchtlingskrise erzeugt, woran der Westen selbst die Schuld trägt. - Die Fakten der westlichen Schuld an den Migrationskrisen werden in den Darstellungen unserer US-dominierten Medien ganz unterschlagen. Die westliche Darstellung, dass die Nato ein "**Friedenskonzept**" sei, ist eine Propagandalüge. Die Nato ist heute **kein Verteidigungsbündnis**, wie vom Westen behauptet, sondern ein **US-dominiertes Interventionsbündnis**, um US-Interessen mit militärischen Mitteln durchzusetzen. Wort- und Vertragsbruch, Gewalt und Bruch des Völkerrechts zählen seither offensichtlich zu den Tugenden der US-Politik. Das ist auch der Grund für das Misstrauen anderer Länder, insbesondere der Russen gegenüber dem Westen.

Die USA und Russland haben als Garantiemächte bei der KSZE-Konferenz 1994 in Budapest der Ukraine durch das Budapester Memorandum "**territoriale Integrität und Suveränität**" garantiert. Die Ukraine und die USA haben das Budapester Memorandum gebrochen mit der US-Begründung, "we payed 5 Billion $, to get our Boys in", (wir zahlten 5 Milliarden, um unsere Soldaten in die Ukraine rein zu bekommen). Der Bruch des Budapester Memorandums durch die US-Militäraufrüstung der Ukraine ist ein Angriff auf die Souveränität der Ukraine und war der Anlass für die Sezession (Abspaltung) der Krim, durch eine Unabhängigkeitserklärung des Volkes, das vorwiegend russisch ist.

Das Minsker Abkommen wurde von der UN einstimmig gebilligt, wurde aber gezielt von den USA und von den westlichen Nato-Partnern nicht umgesetzt, um Zeit für die militärische Aufrüstung durch die USA zu gewinnen. Damit wurde die Souveränität der Ukraine verletzt. - Mit der Aufrüstung der Ukraine gegen Russland haben die USA und die Ukraine, Russland stetig bedroht und zum Krieg provoziert. Im März 2021 hat der ukrainische Präsident Selenski per Dekret den ukrainischen Verteidigungsminister angewiesen, die Krim zurück zu erobern. Das war praktisch die Kündigung von Minsk 2 von Seiten der Ukraine auf Druck der USA. Die Verhandlungsvorschläge, die Putin im Dezember 2021 den westlichen Ländern übersandte, wurden vom Westen einfach ignoriert. Stattdessen hat die USA mit den westlichen Nato-Partnern massive, umfangreiche Sanktionen gegen Russland erlassen.

Wenn gegnerische Atommächte gegenüberstehen, Russland und USA, ist es wichtig, gegenseitig die Interessen für die globale Atomsicherheit zu berücksichtigen. - Die USA haben mit der Nato-Osterweiterung nach dem Kalten Krieg die russischen Sicherheitsinteressen dreist und rücksichtslos missachtet und damit gegen das wichtigste Prinzip der Atomsicherheit verstoßen. - Anstatt über eine weitere Nato-Osterweiterung in die Ukraine zu verhandeln, hat Amerika strenge Sanktionen gegen Russland verhängt, ohne Rechtsbasis für die Sanktionspolitik der USA und ohne die Sicherheitsinteressen der Russen zu beachten. Ohne Rücksicht auf deutsche Interessen hat Amerika mit dem Boykott von Nordstream-2 durch Sanktionsdrohungen grob eingegriffen und hat damit auch die deutsche Souveränität missachtet. Die von Biden, in Anwesenheit von Bundeskanzler Scholz, am 7. 2. 2022 angekündigte Zerstörung von Nordstream 2, der wichtigsten Energieversorgung für Deutschland, wurde im Sept. 2022 durch einen kriegerischen Angriff zerstört. Dieser verbrecherische Angriff auf Deutschlands Wirtschaftskraft darf von der deutschen Politik nicht hingenommen werden, auch wenn sich GB und PO dafür bei den USA bedankt haben.

Die Aufgabe der deutschen Bundesregierung und der deutschen Politik ist, Schaden vom deutschen Volk fern zu halten. Wie dieser Fall zeigt, ist deutlich zu erkennen, dass diese deutsche Politik für dieses Mandat nicht genügend tut. Im Gegenteil, die deutsche Politik mit der einseitigen Parteinahme und den willkürlichen Sanktionen unserer Handelspartner schadet unserer Wirtschaft, dem Wohlstand und der Sicherheit des deutschen Volkes. Die Fehler dieser westlichen Politik werden durch kriegerische Rhetorik kaschiert, umgedeutet und besonders in Deutschland durch andauernde Propaganda unserer US-dominierten "Qualitätsmedien" und auch des "ÖRR" vertuscht.

Der Westen fordert von anderen Ländern die Anerkennung und Einhaltung seiner "**internationalen Friedensordnung**", doch der Westen selbst hält sich nicht daran, die anderen Staaten müssen sich an **unsere** Regeln halten. Es hat keine Konsequenzen, wenn die USA die Regeln brechen, wie bei vielen völkerrechtswidrigen Kriegen der USA ohne UN-Mandat mit 100 000en Toten, Drohnenüberfällen auf Zivilisten usw. Das ist ein einseitiges Unterordnungsprinzip der USA, das der friedlichen Entwicklung seit dem 2. Weltkrieg widerspricht.

An diesen Fakten kann man erkennen, dass wir uns in eine politische Richtung bewegen, die mit der festgelegten, demokratischen Ordnung nach dem 2. Weltkrieg nichts mehr zu tun hat, aufgrund des von den USA diktierten "internationalen Rechts", das von den USA bestimmt und willkürlich ausgelegt wird und bei Nichteinhaltung sanktioniert wird, das die USA aber selbst nicht einhalten, ohne Konsequenzen befürchten zu müssen. In diesem System der Unterordnung unter die USA hat die Europäische Union keine Chance auf eine außenpolitische Rolle. Dies zeigt sich an der bedingungslosen und ohnmächtigen Unterordnung der europäischen, wie auch der deutschen Politik.

So hat sich die "Zeitenwende" geäußert, durch die Abkehr von der "regelbasierten Ordnung" (UN-Sicherheitsrat und Europarat), zur Wende vom "Recht zum Unrecht", zum "Recht des Stärkeren" und zur "westlichen Willkür" ("WILDER WESTEN"). Die einseitig diktierten Regeln, die für den Rest der Welt gelten - und vom Regeldiktator USA nicht eingehalten werden, das Recht der USA mit Machtausbreitung zur "Weltherrschaft" durch die immer stärker werdende US-Militärmacht mit der Nato, ohne Rücksicht auf die Sicherheitsinteressen und Souveränität anderer Staaten, stört das Kräftegleichgewicht dieser Welt. - Das ist der Grund für die "Zeitenwende" und für die Änderungen in dieser Welt und ist verantwortlich für Krieg, wobei der US-Krieg nicht in Amerika, sondern stellvertretend in Europa ausgetragen wird.